

II-8938 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4390 IJ

ANFRAGE

1993 -03- 01

der Abgeordneten Meisinger und Kollegen  
 an den Herrn Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
 betreffend

die Beschäftigung von abgefertigten Mitarbeitern der Austrian - Industries  
 über Leasingfirmen am selben Arbeitsplatz.

In zahlreichen Gesprächen mit Betriebsanghörigen der AI werden Mandatare der FPÖ immer wieder darauf hingewiesen, daß in vielen Bereichen der Verstaatlichten Industrie Mitarbeiter im Rahmen von sogenannten Sozialplänen "einvernehmlich abgebaut" werden, fallweise, um ausgewählten Arbeitnehmern Aftertigungen zukommen zu lassen, fallweise, um Arbeitnehmer über Leasingfirmen am selben Arbeitsplatz unter zumeist wesentlich schlechteren sozialen Konditionen weiterzuarbeiten zu lassen.

So seien bei der VOEST Alpine Industrieanlagenbau 1992 rund 300 Mitarbeiter "einvernehmlich" abgebaut worden, der mit der Belegschaftsvertretung ausgetauschtes "Sozialplan" habe etwa 200 Millionen Schilling verschlungen.

Dieses Vorgehen erscheint uns in zweierlei Hinsicht nicht akzeptabel.

Zum einen werden Arbeitnehmer durch die Aussicht auf einen größeren, einmalig auszuzahlenden Geldbetrag dazu verleitet, die Lösung des Arbeitsverhältnisses zu akzeptieren, zum anderen entsteht diesen Arbeitnehmern durch den Verlust von – durch die lange Zughörigkeit zu einem Unternehmen – erworbenen Rechten ein großer sozialer Schaden. Als skandalöse Ungerechtigkeit fällt in diesem Zusammenhang auf, daß eine Anzahl "einvernehmlich abgebauter" Mitarbeiter über Leasingfirmen am gleichen Arbeitsplatz weiter beschäftigt werden.

Da diese Vorgangswise einen Mißbrauch der arbets- und sozialrechtlichen Bestimmungen darstellt und in Anbetracht der finanziellen Partizipation der Leasingfirmen sicher nicht zur Sanierung der Verstaatlichten Industrie beitragen kann, sondern im Gegenteil deren Lage noch verschärft, richten daher die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

Anfrage

1. Wieviele Arbeitnehmer schieden im letzten Jahr aus der VOEST Alpine Industrieanlagenbaufirma aus?
2. Entspricht es den Tatsachen, daß die VOEST Alpine Industrieanlagenbaufirma im Jahr 1992 auf Empfehlung eines Beraterteams eine große Anzahl von Mitarbeitern "einvernehmlich" abgebaut hat und dafür einen Sozialplan zur Anwendung brachte?

Wenn ja,

- a. wie groß ist die genaue Anzahl der vom Sozialplan 1992 betroffenen ehemaligen Beschäftigten?
- b. welche Kosten sind durch diesen Sozialplan entstanden?
- c. welche Leistungen beinhaltet der Sozialplan?
3. Entspricht es den Tatsachen, daß im Rahmen des Sozialplanes erreichte Personalabbau für "ausgewählte" Arbeitnehmer nur pro forma erfolgte, um diesen – über Leasingfirmen am gleichen Arbeitsplatz weiterarbeitenden – Beschäftigten mißbräuchlich eine Abfertigung zukommen zu lassen?
4. Ist es richtig, daß von der VOEST Alpine Industrieanlagenbau "einvernehmlich" abgebaute Arbeitskräfte über Leasingfirmen wieder an deren früheren Arbeitsplätzen arbeiten?
5. Können Sie ausschließen, daß derartige Praktiken auch bei der AMAG Ranshofen bzw. bei der VA – Stahl Linz üblich sind?
6. Billigen Sie eine solche Vorgangsweise?
7. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um den derart mißbräuchlichen Einsatz von "Sozialplänen" in Zukunft zu verhindern?
8. Wieviele Beschäftigte waren 1992 durchschnittlich in den Bereichen VAI, AMAG, VA – Stahl Linz über Leasingfirmen tätig?
9. Von welchen Leasingfirmen stammt die überwiegende Zahl von Beschäftigten in diesen Bereichen?
10. Welche Kosten verursacht ein über eine Leasingfirma Beschäftigter den Unternehmen durchschnittlich im Vergleich zu einem unmittelbar im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter?